

## Gewerkschaften drohen mit Streik Regierungsdekret nimmt der CGT Kontrolle über Sonderfonds

Der Disput zwischen der Regierung und den Gewerkschaften um die Arbeitsreform hat einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Nachdem Präsident Fernando de la Rúa am Dienstag ein Dekret unterzeichnet hatte, womit der CGT-Spitze die Kontrolle über jährlich 360 Millionen Pesos für die Sozialwerke entzogen wird, drohten die Gewerkschaften mit einem Generalstreik. „Ich glaube, man lässt uns keine andere Wahl“, sagte Hugo Moyano, Chef des Movimiento de los Trabajadores Argentinos (MTA, Bewegung der argentinischen Arbeitnehmer) und Kandidat für die Führung der CGT ab April. Der scheidende CGT-Chef Rodolfo Daer beschuldigte die Regierung der Schaffung eines „Klimas der Konfrontation“ und drohte: „Die Arbeitsreform wird mit dem derzeitigen Text nicht zustande kommen.“

De la Rúa verteidigte seinerseits vor der Presse das Dekret. „Die Regierung handelte im Rahmen der Gesetze. Sie handelte gegen niemand, sondern entsprechend ihrer verfassungsmäßigen Funktion“, erklärte der Präsident. Am Tag danach reichte die Regierung ihr Arbeitsreformprojekt dem Kongress ein.

Das Dekret de la Rúas annulliert ein Dekret des Ex-Präsidenten Carlos Menem vom November des vergangenen Jahres, das der CGT-Spitze die Kontrolle über diesen Fonds zuspricht. Unter den 425 Dekreten, die Menem in den letzten 40 Tagen seines Mandats unterzeichnete, dekretierte er auch, dass die Kontrolle des Fondo Solidario de Obras Sociales (Solidarfonds für Sozialwerke) mittels der Schaffung eines Gremiums mit Gewerkschaftsmehrheit und Regierungsminder-

heit erfolgen sollte. Das Gremium bekam den Namen Administración de Programas Especiales (Verwaltung für Sonderprogramme). Seit 1996 waren die 360 Millionen Pesos ausschließlich durch den Staat gehandhabt worden. Vor 1996 waren diese Mittel von den Gewerkschaften verwaltet worden.

Gegen das Dekret Menems vom November hatte die dritte Gewerkschaftszentrale Confederación de Trabajadores Argentinos (CTA, Vereinigung der argentinischen Arbeitnehmer) Einspruch bei der Justiz erhoben. Die neue Regierung der Allianz hatte mit der CGT eine Änderung der Zusammensetzung des Gremiums vereinbart, damit der Staat die Mehrheit darin bekommt.

Das jetzige Dekret aber nahm der CGT jede Beteiligung, schafft das Gremium ab und übergibt die Handhabung der Millionenmittel einem dem Gesundheitsressort unterstehenden Generaldirektor. Aus Gewerkschaftskreisen verlautete, man hoffe, das Amt werde jemand bekommen, der den Gewerkschaften nahesteht.

„Man sollte der Maßnahme keine politische Motivierung unterstellen“, kommentierte Gesundheitsminister Héctor Lombardo. Sein Argument: Ein großer Teil dieser Mittel wird automatisch verteilt, wodurch die reale Kontrolle der Gewerkschaften relativ bleibt. Der Fonds wird mit zehn Prozent der Beiträge aller Arbeitnehmer für die Sozialwerke, 15 Prozent der Beiträge von Direktionspersonal und 50 Prozent aus Mitteln unterschiedlicher Herkunft, wie Sonderbeiträge aus Tarifabkommen finanziert.

## Sondermaßnahmen für Corrientes Versprechen Fernández Mejjides gegenüber Interventor Mestre

Sozialministerin Graciela Fernández Mejjide hat bei einem Treffen mit dem Bundesinterventor von Corrientes, Ramón Mestre, versprochen, die Lebensmittelhilfe für die Krisenprovinz zu verdoppeln und den ärmsten Familien der Provinz Pensionen zu gewähren. „Die Alli-

anz-Regierung wird alle bedürftigen Familien unterstützen und die Güstlingswirtschaft bei der Verteilung der Sozialhilfe beenden“, versicherte Mestre nach dem Treffen mit der Ministerin für Soziales. Damit will die Regierung die Tätigkeit Mestres, der am Donnerstag genau einen Monat in seinem Amt war, stärken. Dessen Arbeit vollzieht sich inmitten einer Auseinandersetzung mit Gewerkschaftssektoren, die sich den graduellen Sparmaßnahmen widersetzen, mit denen Mestre versucht, der chaotischen Finanzsituation der Provinz Herr zu werden.

Dabei geht es um die Verminderung eines monatlichen Defizits von 23 Millionen Pesos und von Schulden in Höhe von 1,5 Milliarden Pesos, was zwei Jahreshaushalten entspricht. Mestre gab das vorläufige Ergebnis einer Zählung im öffentlichen Dienst der Provinz bekannt, deren unmittelbare Folge die Entlassung von 3.000 als „ñoquis“ enttarnte Provinzangestellte war.

Auch begrüßte Mestre die Ausgabe von Gutscheinen für die Bereinigung von Schulden, die am Dienstag stattfand. Der Interventor ergriff diese Maßnahme zur Zahlung von 30 Prozent des halben „aguinaldo“ (entspricht etwa der Hälfte eines 13. Monatsgehältes) an die Angestellten der Provinz. Auf kurze Sicht will Mestre auf diese Weise auch Lieferanten bezahlen.

Mestre, Ex-Gouverneur von Córdoba, hatte sein Amt in einem wegen der rückständigen Lohnzahlungen im öffentlichen Dienst angeheizten Klima angetreten. Die Spannungen gipfelten in dem Tod zweier Demonstranten, die von unbekanntem Tätern nach der Räumung der im Dezember besetzten Brücke zwischen Corrientes und Resistencia durch die Gendarmerie erschossen wurden.

## Pension für Emilie Schindler

Innenminister Federico Storani hat der Witwe des Judenretters Oscar Schindler, Emilie Schindler, die Fortzahlung der unter der Menem-Regierung zugewiesenen Pension gewährt. Nach einem Gespräch mit der 92-Jährigen am Dienstag erklärte Storani gegenüber der Presse, Emilie Schindler habe die Zuweisung verdient, weil es eine Leistung für den „Dienst Schindlers für die Menschheit“ sei. Die Mittel für die Zahlung würden in Zukunft aus dem Haushalt des Ministeriums kommen.

Nach Antritt der neuen Regierung war die Leistung zunächst eingestellt worden, da die Zahlung vermutlich aus den reservierten Mitteln des Innenministeriums erfolgt und aus diesem Grund in keinem offiziellen Register erfaßt worden war. Die vorübergehende Einstellung hatte es der in einfachen Verhältnissen lebenden Emilie Schindler während zwei Monaten unmöglich gemacht, ihre zwei Betreuer zu bezahlen.

Emilie Schindler, die vor über 50 Jahren ins Land kam, war im November zur Ehrenbürgerin Argentinien ernannt worden. Sie lebt heute in einem bescheidenen Häuschen in San Vicente, Provinz Buenos Aires.

## WOCHENÜBERSICHT

### Konsulat geschlossen

Das Konsulat der Bundesrepublik Deutschland ändert zum 1. Februar 2000 die Öffnungszeiten. Künftig wird die Vertretung montags bis freitags von 8.30 bis 11.30 für den Publikumsverkehr geöffnet sein.

### Hilfe für Bedürftige

Das erste Hilfsprogramm von Sozialministerin Graciela Fernández Meijide besteht in einer Zusammenfassung aller laufenden Programme im Sistema Alimentario Federal (SAF, Föderales Lebensmittelverteilungssystem). Mit der Maßnahme soll die durch den Staat finanzierte Lebensmittelhilfe für mehr als eine halbe Million Familien, die unter der Armutsgrenze leben, garantiert werden.

### Balza geschasst

Die Führung des Círculo Militar hat am Montag in einem Kommuniqué den Ausschluss von Ex-Heereschef General Martín Balza bestätigt. Gleichzeitig wurde darin versichert, dass der Grund des Ausschlusses keinesfalls die Selbstkritik Balzas hinsichtlich der illegalen Repression gewesen sei, wie gemeldet wurde. Die Entscheidungen des Círculo Militar, so heißt es in dem Kommuniqué, hätten mit politischen oder ideologischen Erwägungen nichts zu tun.

### Sicherheit Kampagnenthema

Die Kampagne für die Wahl des neuen Chefs der Stadtregierung hat sich in einen Wettbewerb der Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheit verwandelt. Der Allianz Kandidat Aníbal Ibarra übergab am Montag dem Sicherheitssekretär der Nation, Enrique Mathov, seine Vorschläge über Sofort-Maßnahmen. In der vergangenen Woche hatte der Abgeordnete Domingo Cavallo entsprechende Vorschläge publiziert. Gustavo Beliz zog nach und stellte in Anwesenheit des Ex-Polizeichefs von New York, William Bratton, sein Sicherheitsprogramm, genannt „impunidad cero“ (Null Straffreiheit) vor.

### Alderete im Fadenkreuz

Die Allianzabgeordnete Margarita Stolbizer hat am Wochen-

ende einen Sohn von Ex-Pami-Chef Víctor Alderete wegen Unterschlagung angezeigt. Alderete Jr. wird verdächtigt, seinen Vater belastende Unterlagen versteckt zu haben. Mit dem Fall wurde Bundesrichter Gabriel Cavallo beauftragt, der bereits gegen Alderete Sr. ermittelt.

### Opposition

Um Front gegen die Regierungsprojekte zum Fiskalnotstand und der Arbeitsreform zu machen, hat sich die Mehrheit der PJ-Senatoren jetzt mit der PJ-Abgeordnetenfraktion verständigt. „Wir werden nicht für de la Rúa Projekte verabschieden, die wir Menem nicht billigten“, sagte PJ-Senator Héctor Maya aus Entre Ríos.

### Konsens in Mendoza

Die Legislative der Provinz Mendoza hat ein Gesetz über den Finanznotstand verabschiedet. Voraussetzung war eine erzielte Übereinstimmung der Fraktionen von Allianz und Justizialismus. Die neue Norm erlaubt dem Allianz-Gouverneur Roberto Iglesias u.a. Maßnahmen wie die Suspendierung von Zahlungen an Staatslieferanten für sechs Monate.

### Lanze für Carlos

Eduardo Menem hat seinem Bruder Carlos Menem den Rücken gestärkt. Als Antwort auf die Äußerungen des Gouverneurs von Buenos Aires, Carlos Ruckauf, erklärte er, Carlos Menem sei „nach wie vor der hauptsächlichste Sprecher des Peronismus“. Ruckauf hatte in einem Interview erklärt, es gebe niemanden, der den PJ führen könne, ohne die Provinzmandatare zu befragen. Auch Senator Antonio Cafiero schürte mit der Feststellung, „es gibt keinen unumstrittenen Capo im Justizialismus“, den Streit.

### Dekret vs. Dekret

Esteban „Cacho“ Caselli hat seine „Pfründe“ durch ein Dekret von Präsident Fernando de la Rúa verloren, wonach ihn der Ex-Präsident Carlos Menem acht Tage vor Ende seines Mandats noch schnell durch Dekret zum „außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter“ gemacht hatte. Caselli hatte in der Ära Menem als Botschafter beim Vatikan enge Verbindungen zwischen Menem und dem Heiligen Stuhl geknüpft und ist heute General-

sekretär der bonaerenser Regierung.

### Wasserprobleme in Mar del Plata

Die Ferienhochburg Mar del Plata hat in diesem Sommer schwerwiegende Wasserprobleme. Da in einigen Stadtteilen das Wasser kurzfristig ausgefallen war, wuschen zahlreiche erboste Frauen in der neuen Touristenattraktion „Fuente del Milenio“ vor dem Casino ihre Wäsche. Im Stadtteil Troncos hingegen kam es nach starken Regenfällen zu Überschwemmungen.

### Stromsperre in Rosario

Fast eine Million Stromkunden in Santa Fe waren am Sonn-

tagmorgen bei hochsommerlichen Temperaturen von von einem Stromausfall betroffen. Stadtteile von Rosario sowie die Orte Venado Tuerto, Firmat, Rufino, Canada de Gómez sowie Ramallo waren von 9.00 Uhr bis 9.30 Uhr ohne Energie.

### Ferien bei ANSES

Trotz der Ferien hat die Nationale Verwaltung des Altersversicherungssystems ANSES auch im Januar geöffnet. Die Betreuung beschränkt sich jedoch auf Anträge zur Gewährung und Bestätigung von CUIL, Vollmachten für den Bezug von Renten und Wechsel der Bank, bei der die Leistung oder die Familienzulage bezogen wird.

SE USA CADA  
VEZ QUE SE LAVA  
SECARROPAS

KOH-I-NOOR

2.800 R.P.M. - TAMBOR DE ACERO INOXIDABLE

¡NUEVO!



GUNTERKRAUSSA

¡PODEROSO EL CHIQUITIN!

Fabrica y Distribuye AUTOSAL S.A. E. Echeverría 930 (1620) Florida  
Pcia. de Buenos Aires - Argentina. Tel.: 4730-0011 - Fax: 4730-0800

# 104 Dekrete an einem Tag

## Abschiedsmarathon von Menem am 9. Dezember

Argentinien hat einen neuen Rekord. An seinem letzten Tag als Präsident, dem 9. Dezember, unterzeichnete Carlos Menem in einem wahren Abschiedsmarathon nicht weniger als 104 Dekrete. Fast die Hälfte (51) stehen in direktem Zusammenhang mit dem Ausscheiden und betreffen Rücktritte von Ministern, Sekretären und anderen Amtsträgern. 53 Dekrete jedoch schliessen für den letzten Tag der Regierung aber mehr als auffällige Maßnahmen ein.

Die Zahl der Dekrete ist allerdings noch beeindruckender, wenn die letzten 40 Tage Menems als Präsident mit in die Betrachtung einfließen. Entsprechend Presseberichten unterzeichnete der Politiker in diesem Zeitraum nicht weniger als 415 Erlässe, unter anderem für Wirtschaftsmaßnahmen, eine neue Ordnung für Vertragsabschlüsse des Staates, Personalversetzungen, Ernennungen im diplomatischen Bereich, Förderungen in den Streit- und Sicherheitskräften sowie Rücktritte von Amtsträgern.

In der langen Liste sind ganz besonders hervorzuheben:

\* Bestätigt wird der Bücherstand des Rechnungsjahres 93 der Sociedad del Estado Casa de Moneda (Staatsgesellschaft Mänzamt), deren Chef der „Busenfreund“ Armando Gostanian ist.

\* Für richtig erkannt wird die Ausschreibung der Bundespolizei für den Kauf von für das Bundeskommunikationsnetzes bestimmten Kommunikationsgeräten. Es geht dabei um eine Maßnahme, deren Durchführung unter Umgehung der derzeitigen Regierung geplant wurde. Die Anfangsinvestition beträgt acht Millionen Pesos.

\* Designiert wird der peronistische Ex-Gouverneur von Mendoza, Rodolfo Gabrielli, als Beisitzer im Organismo Regulador del Sistema Nacional de Aeropuertos, der Kontrollbehörde für die Flughä-

fen im Zusammenhang mit der Privatisierung. Die Direktion dieser Behörde hatte der umstrittene Menemist Rodolfo Barra inne, der zum Ausklang der Ära Menem auf Betreiben des PJ zum Chef der Auditoría General de la Nación (Generalrechnungshof) gemacht wurde.

Vom 9. Dezember datiert außerdem die Verlängerung der Intervention des Instituto de Servicios Sociales Bancarios (Sozialwerk der Bankangestellten). Menem akzeptierte auch den Rücktritt des Interventors Víctor Alderete und ernannte als Nachfolger Juan Vernet.

Mit den Worten, er habe 48 Jahre Militärdienst absolviert, wurde ebenfalls dekretiert, dass der Ex-Heereschef Martín Balza ab 17. Februar in den Ruhestand übernommen wird. Balza wurde jedoch weiterhin 100 Prozent seines Gehaltes zugestanden.

Neben den zahlreichen Manövern zur Verlängerung und Verstärkung politischer Dominanz gelangen Menem allerdings auch einige Kuriositäten. So das Dekret 1313 vom 11. November über die Verleihung des Libertador-Ordens an den französischen Fußballveteranen Michel Platini. Es handelt sich um die bedeutendste Auszeichnung Argentiniens, die bisher nur auf höchster Ebene verliehen wurde. Unverständlich erscheint auch das Dekret 1561, mit dem die Kommission für die Vorbereitung des 200. Jubiläums der Mai-Revolution am 25. Mai 2010 geschaffen wird.

Die Regierung Fernando de la Rúa, angesichts der Lawine von Dekreten, von denen einige nicht den Forderungen der Convención Interamericana contra la Corrupción (Interamerikanischen Vereinbarung gegen Korruption) entsprechen, anfangs sprachlos, leitete eine eingehende Prüfung aller in den letzten 90 Amtstagen Menems diktierten Normen ein.

## „Wir werden keine Pinguine essen“

### Deutscher Abenteurer Arved Fuchs startete in Ushuaia neue Expedition

Pünktlich als der graue Container im Hafen von Ushuaia geöffnet und das Rettungsboot James Caird II auf das Kreuzfahrtschiff Hanseatic verladen wurde, verdunkelte sich der zuvor strahlend blaue Himmel über dem Beagle-Kanal. Als wollte die Natur einen Hinweis auf etwaige Gefahren geben, welche auf die Besatzung der 500.000 Mark teuren Expedition „Shackleton 2000“ warten könnten, setzte plötzlich peitschender Regen ein.

„Da wird uns noch ganz anderes erwarten, wenn wir mit der James Caird II durch das Weddellmeer vor der Antarktis, eine der stürmischsten Regionen der Welt, fahren“, blieb der Abenteurer Arved Fuchs ganz ruhig. Die Hanseatic nahm wenige Stunden später mit Fuchs und seinem Team - einer Isländerin (28), einem Polen (49) und einem Deutschen (38) - sowie der vertäuten James Caird II Kurs in Richtung Süden, um Fuchs & Co. in der Antarktis abzusetzen.

Von dort startete der 46-jährige Deutsche vergangene Woche mit seiner Crew in dem nur sieben Meter langen, jedoch fast zwei Tonnen schweren Boot, um die verzweifelte, aber letztlich geglückte Rettungsfahrt des Polarforschers Sir Ernest Shackleton nachzustellen. Dessen Schiff war 1914 vor der Antarktis im Packeis stecken geblieben, und er begann mit dem Rettungsboot James Caird den Kampf ums Überleben.

Die Idee, die Reise der James Caird nachzuvollziehen, sei ihm 1989 gekommen, erklärt Fuchs im Gespräch mit dem AT. Damals durchquerte er gemeinsam mit dem Südtiroler Extrem-Bergsteiger Reinhold Messner in 92 Tagen die Antarktis, vom Weddellmeer bis zum Rossmeer unter Einbeziehung des Südpols. „Dabei hatte ich genügend Zeit, über die Expedition von Shackleton nachzudenken, insbe-

sondere über die spektakuläre Fahrt mit dem Rettungsboot bis nach Südgeorgien. Seither liess mich der Gedanke, diese Fahrt nachzustellen, nicht mehr los“, erzählt der Berufsabenteurer, dessen Fahrt vom Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) gefilmt wird. Zur Frankfurter Buchmesse im Oktober präsentiert Fuchs dann in literarischer Form seine Erlebnisse während „Shackleton 2000“.

„Wir wollen in einem originalgetreuen Nachbau der James Caird mit Segeln und Rudern Shackletons Weg von der Antarktis bis Elephant Island und weiter nach Südgeorgien nachstellen und dort wie der Engländer zu Fuss die Gletscher überqueren“, erklärte Fuchs vor der Abreise.

Doch anders als bei den bisher missglückten Versuchen (zuletzt irischer Abenteurer 1997), die von Elephant Island aus starteten, stellt Fuchs die Fahrt Shackletons bereits von Beginn der Eiskante weiter südlich nach. „Gerade das schwierige Stück aus dem Eis heraus bis nach Elephant Island ist Teil der Expedition“, sagt der Deutsche und schickt einschränkend nach, „wir sind aber keine Draufgänger oder Hazadeure.“

Die Crew gehe vielmehr ein „kalkuliertes Risiko“ ein. „Für Shackleton war das ein Seenotfall, bei uns ist alles geplant.“ Man habe eine bessere Ausrüstung und stehe über Satellit auch im Kontakt mit einem Begleitboot, „aber die schwierigen Windverhältnisse und der rauhe Seegang haben sich seit damals nicht geändert“.

Doch selbst wenn zu viert auf dem Kleinboot James Caird II „keine artgerechte Haltung“ möglich sei, werde er sich besser ernähren als damals Shackleton: „Wir müssen sicher keine Pinguine oder halbvergammelte Robben essen“, ist sich Fuchs sicher.

Jörg Wolfrum

## Föderalismus argentinischer Art

Der Pleitegeier umkreist die öffentliche Hand Argentiniens. In der Nationalregierung, mehreren Provinzen und Gemeinden haben Politiker und Staatsverwalter Raubbau mit ihren Finanzen betrieben, ohne sich gleichzeitig um die Eintreibung der Steuern und Gebühren zu kümmern. Das Ergebnis dieser mehrjährigen Übung ist das ausufernde Defizit und eine wilde Schuldenmacherei, die Sparer und Gläubiger verängstigt. Argentinische Sparer fürchten die Staatspleite spätestens seit der Hyperinflation vor einem Jahrzehnt. Sie zeichnen auf dem Umweg der Handelsbanken argentinische Staatsanleihen nur zögernd und zu höheren Zinsen als ausländische Geldinvestoren für gleichlange Titel. Geprellte Sparer agieren wie gebrannte Kinder, die das Feuer meiden.

Dem Übel ausufernder Defizite und gewaltiger Staatsschulden will die neue Regierung unter Präsident Fernando de la Rúa unter anderem beikommen, indem sie sich für ein Sondergesetz erwärmt, das Gliedstaaten und Gemeinden, allenfalls auch anderen Staatsstellen, ausdrücklich verbieten soll, höhere Gehälter als die für gleiche Äm-

### Randglossen

**Die Regierung entwickelt in Sachen Sozialpolitik eine unglaubliche Initiative. Das Gesetzesprojekt über die neuen Arbeitsverträge liegt bereits der Deputiertenkammer vor. Den Gewerkschaftsgewaltigen wurde die Verwaltung der Sonderkasse entzogen, die mit 10 Prozent der Einnahmen aus Sozialbeiträgen gespeist und willkürlich unter den Sozialwerken der Gewerkschaften verteilt wird. Das wird künftig die Regierung selber bestellen, worüber die Gewerkschafter wütend sind. Nicht minder erbost zeigen sie sich über den Vorschlag des Gesundheitssekretärs, nach dem die Zwangsmitglieder der Sozialwerke künftig auch eine private Krankenkasse wählen dürfen, der dann der gesetzliche Zwangsbeitrag zufließt. Das wird die Gesundheitsbetreuung fühlbar verbessern, aber Dutzenden von schlecht verwalteten Sozialwerken die Existenz kosten. Eine ordentliche Gesundheitsbetreuung ist entschieden wichtiger als die mit Staatsgeldern gesicherte Macht der Gewerkschafter.**

Expräsident Menem beruft sein sogenanntes Dichterkabinett gerne ein, mit dem er berrät, wie sich alle gegen die Anschuldungen der neuen Regierung verteidigen werden. Desgleichen hat Menem den Vorstand der Justizialistischen Partei in Mar del Plata einberufen, dessen Präsident er bis 2003 ist. Trotzdem ist Menem bereit, jederzeit eine neue Internwahl abzuhalten, in der er gegen jeden anderen Kandidaten antreten wird, um sich siegessicher bestätigen zu lassen. Diese Übung ist indessen keinesfalls einfach, weil damit auch über hundert Delegierte der Partei im Vorstand neu gewählt werden müssten, was zu unendlichen Querelen und Diadochenkämpfen führen würde. Offener Parteihader ist sicherlich die schlechteste Alternative für die Justizialisten, die sich schwer tun, als organische Oppositionspartei dieses Rolle auszuführen. Als Regierungspartei hatte sie es leichter.

ter auf nationaler Ebene zu bezahlen. Ein solches Gesetz müsste zuerst vom Kongress verabschiedet und dann von den Exekutiven und Legislativen der Gliedstaaten ratifiziert werden.

Das Gesetz, an dessen Entwurf emsig gearbeitet wird, rüttelt an den Grundfesten der autonomen Gliedstaaten, das sind 23 Provinzen und die Stadt Buenos Aires. Die Selbstverwaltung der Gliedstaaten, wie sie einem Bundesstaat gebührt, heisst im Klartext, dass die jeweiligen Regierungen, lies Exekutiven und Legislativen, ihre Ausgaben selber bestimmen. Mit den Einnahmen hapert es längst, weil die Gliedstaaten die Eintreibung der wichtigsten Steuern an die Nationalregierung (AFIP, vormals DGI) abgetreten haben und die Einkünfte automatisch nach vorgegebenen Beteiligungsanteilen auf ihren Konten beim Banco de la Nación gutgeschrieben werden. Eigene Steuern, zumal auf Immobilien, Bruttoumsätze, Kraftfahrzeuge, und Stempelsteuern liefern den meisten Provinzen jeweils weniger als die Hälfte ihrer Einnahmen. Nur die grossen Gliedstaaten, Buenos Aires Stadt und Provinz, Santa Fe, Córdoba, Entre Ríos und Mendoza beziehen meistens mehr als die Hälfte eigene Steuern, so dass sie gegenüber der Nationalregierung und den anderen Provinzen mit grösserem Selbstvertrauen auftreten und nicht dauernd mit ausgestreckten Händen finanzielle Bittgänge in der Bundeshauptstadt absolvieren, weil sie sonst die Beamtengehälter und Ruhegehälter sowie allerlei Lieferanten nicht bezahlen können. Das führt dann gegebenenfalls, wie unlängst in Corrientes und vorher in mehreren anderen Provinzen, zu Kundgebungen mit Gewaltausbrüchen, die die Herzen und Gemüter der massgebenden Politiker in Buenos Aires erweichen sollen, damit sie das ersehnte Kleingeld mittels Vorschüssen und Subventionen locker machen.

Dieser Föderalismus argentinischer Art wird von manchen Politologen grundsätzlich bemängelt, die die meisten Provinzen als nicht lebensfähig einstufen. Diese Vereinfachung der maroden Provinzfinanzen geht indessen an der institutionellen Tatsache vorbei, dass fast jeder Gliedstaat eine eigene historische und kulturelle Identität aufweist und weder ausradiert noch mit Nachbarprovinzen zusammengelegt werden kann, wie es einigen Politologen vorschwebt. Gegenüber Nachbarn sind Provinzler zudem durchweg argwöhnischer als im Verhältnis zur Nationalregierung, auch wenn sie bemängeln, dass Gott zwar überall ist, aber in Buenos Aires amtiert. Hier ist das Geld zu holen, nicht bei reicheren Nachbarprovinzen, die es sich zudem verbitten werden, ihre Einnahmen mit liederlichen Provinzverwaltern zu teilen.

Die vorgeschlagene Reform des Föderalismus argentinischer Art bedarf freilich für die Durchsetzung nicht nur der Überzeugung, dass die Finanzlage besonders schlecht ist, so dass Opfer gebracht werden müssen, sondern auch massiver Druckmittel seitens der Nationalregierung. Diese kann zwar wenig bei den grossen Provinzen durchsetzen, mit denen sie politisch in der jüngsten Phase der Kohabitation zusammenarbeitet; aber gegenüber den schlecht verwalteten Provinzen kann sie mit der Rüge und der Peitsche agieren. Die drückende Schuldenlast bedarf der Hilfe der Nationalregierung, die sie sicherlich nur nach Ratifizierung des Gesetzes über die Gehaltsregelung bereitstellen dürfte. Skandalöse Abgeordnetendiäten wie 19.000 Pesos im Monat in der armen Provinz Formosa müssen ebenso vom Tisch wie ausufernde Ruhegehälter provinzieller Rentenkassen der Beamten sowie Gehälter in den drei Gewalten, die Justiz inbegriffen. Dass ausserdem allerlei Etatposten abgebaut, auch Beamte entlassen werden müssen, versteht sich am Rande und wird bereits in einigen Provinzen vollzogen. Goldene Zeiten für Pfründengeiesser dürften allemal vorbei sein.



**SERVICIOS  
DIGITALES**

[www.multimedia.com.ar](http://www.multimedia.com.ar)

Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina  
Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - [servicios@multimedia.com.ar](mailto:servicios@multimedia.com.ar)

# WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

## Gewerkschafter für Abwertung

Der Leiter der Lastwagengewerkschaft, Hugo Moyano, der den „harten“ Flügel der Gewerkschaften vertritt und eventuell Generalsekretär der Zentrale, der CGT, werden kann, ist letzte Woche offen für eine Aufgabe der Konvertibilität eingetreten, also für eine Abwertung. Vorher hatten schon andere bedeutende Gewerkschafter, wie Armando Cavallieri (Handelsangestellte), in die gleiche Kerbe gehauen. Ihr Argument besteht darin, dass Argentinien nicht konkurrenzfähig ist, besonders gegenüber Brasilien, nach der Abwertung vom Januar 1999. Es handelt sich um eine Milchmädchenrechnung: wenn abgewertet wird, dann werden die argentinischen Produkte in Dollar billiger, und dann kann exportiert und gegen Importware konkurriert werden.

Das ist alles krasser Unfug. Bei Abwertung entsteht sofort eine grosse Unordnung, die sich unmittelbar auf die Kosten auswirkt, wobei ohnehin alle dollar gebundenen Preise (Importprodukte, Rohstoffe, die exportiert werden, Produkte von Unternehmen, die Dollarschulden haben u.a.) sofort im Verhältnis zur Abwertung, und vorsichtshalber in manchen Fällen auch darüber, steigen. Insbesondere steigen die Zinsen, auch in Dollar berechnet, was dann die Konkurrenzfähigkeit noch mehr beeinträchtigt. Argentinien ist, im Gegensatz zu Brasilien, in der allgemeinen

## Erholung der Industrieproduktion im Dezember

Was Wirtschaftsminister Machinea schon vor kurzem vorweggenommen hat, dass Dezember einen Sprung der Industrieproduktion aufweist, ist eingetroffen: der (provisorische) Index der Industrieproduktion des statistischen Amtes (INDEC), der vorsichtigerweise „Schätzung“ getauft wird (EMI, Estimador Mensual Industrial), weist für Dezember eine Zunahme von 9,3% gegenüber Dezember 1998 und saisonbereinigt von 2,2%, nicht saisonbereinigt von 2,3% gegenüber November 1999 aus. Das ganze Jahr 1999 lag um 6,9% unter 1998. Aber die rückläufige Entwicklung hatte schon in den letz-

ten Monaten des Jahres 1998 eingesetzt, wobei Dezember 1998 besonders niedrig lag. Das erklärt zum Teil den Sprung in diesem Jahr.

Der EMI-Index wurde ab September 1993 veröffentlicht. Das statistische Amt gab bis kurz vorher einen Index bekannt, der mit der Wirklichkeit überhaupt nichts zu tun hatte, da die Berechnungsbasis allerlei geschlossene Betriebe enthielt, und neue Fabriken in vielen Fällen unberücksichtigt liess. Wir haben jahrelang auf diese Tatsache hingewiesen, die die „Fachbeamten“ des INDEC jedoch erst acht Jahre später wahrgenommen haben.

Mentalität dollarisiert. Solange das so ist, ist eine Abwertung ausgeschlossen. De la Rúa hat dies klar erkannt, als er sein einziges konkretes Wahlversprechen bekanntgab: während seiner Regierung wird ein Peso gleich einem Dollar bleiben.

Viele Gewerkschafter wollen indessen etwas anderes, nämlich die Rückkehr zur Inflationwirtschaft, bei der sie mächtig waren, weil es ständig Lohnerhöhungen gab, bei denen sie eine zentrale Rolle spielten. Die Stabilität hat sie eben entmachtet, weil dieser Reigen aufgehört hat. Dass es mit Inflation der Bevölkerung, ganz besonders den Lohnempfängern, schlechter gehen würde, und die Arbeitslosigkeit noch mehr steigen würde, interessiert sie kaum. Indessen dürfte diese Stellungnahme für die Abwertung nur dazu beitragen, sie noch mehr zu diskreditieren und somit zu schwächen.

De la Rúa wird gewiss nicht den Fehler von Alfonsín begehen, der eine Reform der Arbeitsgesetzgebung durchsetzte, die die Gewerkschaften begünstigte, und gleichzeitig auch die hohe Schuld der CGT durch die Regierung übernehmen liess. Die Macht, die die Gewerkschafter dadurch erhielten, verwendeten sie gegen ihn.

Nachdem Menem vorexerziert hat, wie man mit Gewerkschaftern umgeht, dürfte De la Rúa es nun auch wissen.

Statt dann gleich einen neuen Index auszuarbeiten, hat das INDEC zunächst 1990 gar keinen mehr veröffentlicht, bis dann 1993 dieser neue Index zustande kam, der zwar unvollständig ist (weil er nur die kurzfristig bekannten Daten erfasst, aber keine umfassende Erhebung enthält), aber ausreicht, um die Tendenz und die Grössenordnungen darzustellen.

Der Index verzeichnet für das durch die Tequila-Krise gezeichnete Rezessionsjahr 1995 einen Rückgang von 5,7%, also weniger als jetzt. Das täuscht hingegen: wenn man die Periode von März 1995 bis März 1996 nimmt, war der Rückgang höher als jetzt, wobei man allerdings dieses Mal bei der Periode Oktober 1998 bis Oktober 1999 auch auf einen stärkeren Rückgang gelangt. 1996 wies der Index eine Zunahme von 4,5% aus, 1997 von 8,7% und 1998 von nur 1,8%. Wenn man somit diese Zunahmen berücksichtigt, so liegt die Industrieproduktion 1999 immer noch erheblicher höher als 1995, aber nur 2,3% über 1994. Das ist gewiss kein positives Ergebnis, umso mehr, als in den letzten 5 Jahren erhebliche Investitionen in der Industrie stattgefunden haben.

Es ist somit kein Zufall, dass jetzt die Initiative, eine aktive Industriepolitik zu betreiben, vor-

dringt. Der Hinweis des Spitzenverbandes der Industrie, die „Unión Industrial Argentina“ (UIA), dass 60 Fabriken hier geschlossen wurden und deren Produktion nach Brasilien verlagert worden ist, war der Tropfen, der noch fehlte. Dabei muss man sich vor Augen halten, dass diese Zahl, bezogen auf die Gesamtzahl der Fabriken im Land, gering ist. In einigen Fällen erfolgte die Verlagerung, weil die Fabrikation in einer Fabrik vereinheitlicht wurde, wobei die brasilianische meistens die grössere war, die somit die kleinere in Argentinien geschluckt hat. In anderen Fällen bot Brasilien Subventionen verschiedener Art (Steuervergünstigungen, unentgeltliches Gelände, usw.). Und in anderen waren die Produktionsbedingungen in Argentinien eben ungünstig.

Andererseits muss man jedoch auch berücksichtigen, dass die Milchindustrie die phänomenale Expansion, die sie seit dem Mercosur-Abkommen erlebte, auf das Eindringen in den brasilianischen Markt stützt, wobei auch andere Industriebetriebe exportieren konnten.

Dass der Mercosur eine Industrialisierung Brasiliens auf Kosten Argentinien bedeutet, wie es manche Politiker wahrhaben wollen, ist gewiss an den Haaren herbeizugreifen.

## Ein Programm zur Bekämpfung des Schmuggels

Präsident Fernando de la Rúa hat die Bedeutung des Schmuggels erkannt und eine Kommission gebildet, die sich mit dessen Bekämpfung befassen soll, geleitet vom Staatssekretär für Sicherheit, Enrique Mathov, und dem Schatzsekretär Mario Vicens. Der Präsident forderte eine Reform der Gesetze, um die Strafen für Schmuggler und Kaufleute, die geschmuggelte Waren verkaufen, zu erhöhen. Ebenfalls wies er auf die Verwendung von Ausrüstungen mit fortgeschrittener Technologie hin. Binnen zwei Wochen soll diese Kommission einen integralen Plan vorlegen.

Die Kommission sollte sich an erster Stelle mit dem Schmuggel befassen, der in Form von Unterfakturierung stattfindet. Die Verpflichtung privater Kontrollfir-

men, die auf Initiative des ehemaligen Wirtschaftsministers Roque Fernández Ende 1997 eingeführt wurde, hat ein sehr positives Ergebnis ausgewiesen, mit zusätzlichen jährlichen Nettoeinnahmen für den Fiskus von etwa US\$ 300 Mio. Das System bezieht sich jedoch nur auf wenige Zollpositionen, die etwa 20% der Gesamtimporte ausmachen. Lokale Textilunternehmer und legal tätige Importeure fordern seit Jahr und Tag die Einschliessung von Textilien in das System. Roque Fernández war auch einverstanden, hatte aber keine Mittel, um die Kontrolltätigkeit zu bezahlen, weil sie im Budget nicht vorgesehen waren. Das ging so weit, dass selbst das vorgesehene Geld nur zum Teil verfügbar war, so dass der Staat den Unternehmen

über \$ 50 Mio. schuldet. Ursprünglich sollte das System mit einer Gebühr von 1% auf Importe finanziert werden; das wurde jedoch im Kongress zurückgewiesen. Dort sind die Interessen der Schmuggler und der korrupten Zollbeamten, die dabei üppig verdienen, sehr stark, so dass sie alles tun, um die private Kontrolle abzuschaffen. Eine indirekte Methode ist, das ganze Kontrollsystem finanziell abzuwürgen. Aber ausserdem hatten die Abgeordneten, die diese Interessen vertreten (besonders einer, der der Gewerkschaft der Zollbeamten angehört), einen Passus in das Budgetgesetz eingefügt, der das Dekret ausser Kraft setzte, das diese private Kontrolle erlaubt. Das wurde dann vernünftigerweise im Senat gestrichen. Aber einen Paragraphen im gleichen Sinn haben sie dem Gesetzesprojekt über Änderung des Zollgesetzbuches beigelegt, das jetzt im Senat behandelt wird. Wenn es de la Rúa mit der Zollbekämpfung ernst meint, muss er seinen Senatoren die klare Anweisung erteilen, dass dieser Paragraph gestrichen und durch einen anderen ersetzt wird, der die einprozentige Kontrollgebühr schafft und die Verpflichtung privater Unternehmen für Kontrolltätigkeiten gestattet. Mit den Mitteln, die dann eingenommen werden, kann die private Kontrolle auf zahlreiche Warenpositionen ausgedehnt werden. Aber ausserdem muss das System verbessert werden. Denn gegenwärtig fertigt das Zollamt in den meisten Fällen die Waren mit den vom Importeur angegebenen Werten ab, auch wenn diese vom privaten Kontrollsystem beanstandet worden sind. Und die Steuerkontrolle, die dann theoretisch stattfindet (da eine Unterfakturierung automatisch Schwarzverkauf bedeutet), wird auch sehr mangelhaft durchgeführt. Gemäss der veröffentlichten Information hat jedoch niemand den Präsidenten auf all dies aufmerksam gemacht. Mit einer erweiterten und verbesserten privaten Kontrolle, und einer nachfolgenden technisch besser gestalteten Kontrolle des Steueramtes, würde ein grosser, wenn nicht der allergrösste Teil des Schmuggels verhindert.

Die Grenzkontrollen, die der Präsident im Visier hat, wenn er von Schmuggel spricht, werden schon durchgeführt, sind jedoch mangelhaft. Ein Vorschlag, der

angeblich gut angekommen ist, ist die Kontrolle von Containern über Satelliten. Es handelt sich dabei um einen sogenannten „Transponder“, der schon bei Lastwagen und Automobilen weit verbreitet ist (und hier unter der Marke Lo-Jack vertrieben wird). Das verhindert jedoch nur, dass Container auf dem Weg zum privaten Zolllager oder Freihandelszone verschwinden, sagt aber nichts über den Inhalt aus. Wichtiger wäre eine Anlage, wie sie schon in vielen Ländern besteht, durch die ganze Lastwagen und Container mit Röntgenstrahlen durchleuchtet werden, wobei dann gesehen wird (nicht immer), dass der effektive Inhalt nicht mit

## Die ungelösten Probleme von Yacyretá

Das Riesenwasserkraftwerk Yacyretá war von Anfang an problematisch. Das Projekt wurde Anfang der 70er Jahre entworfen, nahm dann 1977 und 1979 in zwei Verträgen mit Paraguay konkrete Gestalt an, und wurde danach sehr langsam vorangetrieben, bis Jorge Domínguez (der nachher Bürgermeister von Buenos Aires und danach Verteidigungsminister wurde) die Verwaltung übernahm und die verfahrenere Lage einrenkte, so dass er 1994 die erste Turbine in Gang setzen konnte, und danach die anderen. Die lange Bauzeit verursachte hohe zusätzliche Kosten, durch Zinsen und die festen Kosten der Bauunternehmen u.a. Lieferanten, so dass ein Werk, das um die US\$ 3 Mrd. hätte kosten sollen, auf US\$ 8 Mrd. kam (es werden auch höhere Zahlen genannt), und dabei immer noch nicht fertig ist. Die Korruption spielte dabei auch eine Rolle, was jedoch finanziell bei weitem nicht so schwerwiegend war, wie die Verzögerung.

Paraguay war und ist gewiss kein guter Partner, da es immer versuchte, Vorteile zu erzielen. Die Lage war, als Menem an die Regierung kam, so verfahren, dass bei Beibehaltung der Regeln des Abkommens mit Paraguay, die Kilowattstunde um die 100 Mills. (Tausendstel Dollar) gekostet hätte, wobei sie sonst im ganzen Land unter 25 Mills. liegt. Damals führte Alieto Guadagni, als Staatssekretär im Aussenministerium, eine harte Verhandlung mit Paraguay, mit der Drohung das ganze Projekt fallen zu lassen, wenn Paraguay nicht auf Marktpreise für den Strom einwilligte, und somit die Gebühr für

dem angegebenen übereinstimmt.

Da die Zollbeamten und die Gendarmerie oft mit den Schmugglern unter einer Decke stecken und sich am Geschäft beteiligen, besteht die einzige effektive Lösung in der Verpflichtung einer privaten Kontrolle. Es handelt sich dabei nicht nur um die Ausweitung des bestehenden Kontrollsystems, sondern um eine konkrete Ermächtigung, um Container und Lastwagen genau zu durchsuchen. Wenn die Regierung die Schwäche des Staates bei Kontrollfunktionen nicht anerkennt, wird sie bei der Schmuggelbekämpfung kaum sehr erfolgreich sein.

dieses Land ad calendae graecas verschoben wurde.

Das Wasserkraftwerk stellt jedoch immer noch enorme Probleme. Das Wichtigste ist die Forderung der firma Eriday, die den Staudamm gebaut hat, für US\$ 1,5 Mrd., wegen geschuldeter Beträge plus Zinsen. Die argentinische Regierung steht auf dem Standpunkt, dass die Schuld keine US\$ 200 Mio. ausmacht. Der Fall wurde einem Schiedsgericht unterstellt, bei dem Henry Kissinger Eriday vertrat und Mariano Cavagna Martínez, ehemaliges Mitglied des Obersten Gerichtshofes, die argentinische Regierung. Die neue Regierung will jetzt auch dieses Verfahren revidieren, hat aber noch keine Lösungswege vorgeschlagen.

Der Staudamm von Yacyretá kann gegenwärtig nur bis 76 Meter gefüllt werden, weil es sonst Überschwemmungen in weiten anrainenden Gebieten gibt. Das bedeutet, dass eine Auslastung der Turbinen von etwa 60% erreicht wird. Um auf 100% zu gelangen, muss der Pegel auf 83 Meter gebracht werden, was Investition von etwa US\$ 700 Mio. erfordert. Bezogen auf diese Restinvestition ergibt die zusätzliche Stromerzeugung eine sehr hohe Rentabilität, so dass die Investition in etwa drei Jahren amortisiert werden kann. Keine andere Infrastrukturinvestition ist so rentabel. Aber die argentinische Regierung verfügt eben nicht über diesen Betrag, und Paraguay hat nie zur Finanzierung beigetragen und wird es auch jetzt nicht tun.

Die Menem-Regierung hatte vor, diese Erweiterung in Konzession

zu vergeben, wobei das Privatunternehmen dann über den zusätzlich erzeugten Strom für eine gewisse Zeit frei verfügen könnte. Wer weniger Jahre Strom beansprucht, erhält den Zuschlag. Rationeller wäre es gewesen, dass der Konzessionär einen festen Betrag pro Jahr erhält, und der Strom als Garantie gilt. Auf diese Weise wird das Risiko der Senkung der Stromtarife bei Seite gelassen. Aber die Privatunternehmen scheinen eben die direkte Verfügung über den Strom vorzuziehen. Auf alle Fälle wurde die Ausschreibung für die Konzession, die seit gut fünf Jahren fällig war, nie durchgeführt. Reine Schlamperie.

Nicolás Gallo, Minister für Infrastruktur und Wohnbau, hat sich jetzt dafür ausgesprochen, dass die Erweiterung durch den Staat durchgeführt werde. Er erklärte, dass er über eine Weltbankfinanzierung verfüge. Die Weltbank hat indessen sofort bekanntgegeben, dass sie keine Mittel für diesen Zweck habe, und ausserdem fordere, dass vorher die Umweltbelastung durch die Erweiterung des Stausees, die die Pegelerhöhung mit sich bringt, studiert werde. Nun, diese Studie ist zum Teil schon vorhanden, und es ist nicht schwierig sie zu vollenden. Ein grosser Stausee sollte kein Problem darstellen, abgesehen davon, dass er in jener Gegend die Regenfälle erhöht und somit auch die Häufigkeit und den Umfang der Überschwemmungen in den Gebieten Formosa, Chaco und Corrientes. Hier wirken sich allerdings der Riesenstausee von Itaipú und die anderen grossen Stauseen schon aus, die am oberen Paraná gebaut worden sind, so dass die Erweiterung des Yacyretá-Stausees die Lage kaum verändert.

Nachdem der argentinische Staat nicht über die Mittel verfügt, die notwendig sind, um Yacyretá fertig zu stellen, muss die Regierung wohl zum Konzessionskonzept zurückkehren, das ausserdem den Vorteil hat, dass die Arbeiten, um die es geht, von einem Privatunternehmen dann viel schneller und technisch besser durchgeführt werden, als wenn dies unter staatlicher Regie geschieht. Wie die Konzession im Einzelnen geartet sein wird, ist eine andere Frage. Unter der Menem-Regierung war auch ein Privatisierungsprojekt für Yacyretá vorangetrieben worden, dass

dann nicht durchgeführt wurde, weil es von vorneherein absurd war. Cavallo hatte den Preis, den die Privatunternehmen für eine 30jährige Konzession bezahlen sollten, auf der Basis des während dieser Periode zu lieferenden Stromes berechnet, wobei er den zukünftigen Erlös zu einem Zinssatz von 14% jährlich diskontierte.

Das bedeutete, dass der gegenwärtige Preis minimal war, so dass Yacyretá praktisch geschenkt wurde. Das hatte keinen Sinn, zumal die argentinische Regierung damals Geld auf dem Finanzmarkt zu knapp über 10% aufneh-

men konnte. Danach wurde an einer anderen Initiative gearbeitet, die in der Privatisierung des Managements bestand. Das war die richtige Lösung, kam jedoch nicht voran, einmal, weil Paraguay kein Interesse zeigte (da dann bestimmte Nebengeschäfte verloren gegangen wären), aber auch, weil von argentinischer Seite weder Wirtschaftsminister Roque Fernández noch sonst jemand sich effektiv hinter dieses Projekt stellte. Die Allianz-Regierung will jetzt die Verwaltung in staatlicher Regie beibehalten, was als Rückschritt gewertet werden muss.

## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

**Die Jahreszinssätze für Fristdepositen auf 30 Tage bei den wichtigsten Banken betragen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.**

\*\*\*

**Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 3,3% auf 578,77, der Burcapindex um 2,9% auf 1.072,38 und der Börsenindex um 2,8% auf 21.298,27.**

\*\*\*

**Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 2,2% auf \$ 0,6915.**

\*\*\*

**Die Gold-, Devisen- und Anlagenbestände der ZB betragen zum 17.1.00 \$ 25,52 Mrd., der Banknotenlauf \$ 15,28 Mrd. Vor einer Woche waren es \$ 25,08 Mrd. bzw. 16,11 Mrd., vor einem Monat \$ 25,09 Mrd. bzw. 14,71 Mrd.**

\*\*\*

**Das Provinzparlament von Mendoza ermächtigte den Gouverneur, im Rahmen des Finanznotstandes Schulden von mehr als \$ 5.000 an Lieferanten (etwa 500) durch 6 Monate nicht zu bezahlen und Zahlungen durch Prozesse gegen die Provinz um 1 Jahr hinauszuschieben. Damit soll um \$ 150 Mio. weniger ausgegeben werden. Mit Schulden von \$ 1,4 Mrd. und der Unmöglichkeit, weitere Zahlungsverpflichtungen aus erwarteten Beteiligungen an Bundessteuern zu decken, steht Mendoza vor der Zahlungseinstellung. Die Regierung will mit den Gläubigern über die Annahme von Schuldscheinen verhandeln. Auch wurden Abstriche von bis zu 70% bei Schulden an die ehemaligen Provinzbanken bewilligt, sowie eine 5%ige Zinssubvention für Kredite an kleine und mittelständische Unternehmen (Pymes). Ebenso erfolgen Gehaltskürzungen bei Provinzbeamten.**

\*\*\*

**Die Bekleidungsreinigungskette 5áSec hat ihre hiesige Konkur-**

**rentin Kit A für US\$ 500.000 übernommen. Kit A gehört einer der ehemaligen Mayobank nahestehenden Gruppe. Damit hat 5áSec landesweit 117 Lokale und plant für dieses Jahr weitere 30 Franchising-Betriebe. 5áSec fasste in Argentinien 1995 Fuss, als der Franzose G. Berbey die Franchisingrechte für Argentinien, Uruguay und Chile, sowie die Option für das restliche Südamerika erwarb. Im Vorjahr setzte er hier US\$ 33 Mio. um.**

\*\*\*

**Die Regierung hat die Schaffung eines Direktoriums im Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) verfügt. Sein Vorsitzender ist AFIP-Direktor Silvani. Es soll die strategischen Pläne des Amtes ausarbeiten und Fälle von bedeutenden Hinterziehungen direkt bearbeiten. Desweiteren wird es den Haushalt des Amtes ausarbeiten, der vom Vorsitzenden an die Wirtschaftsführung weitergeleitet wird, die Arbeit des Amtes überwachen und bewerten, und dazu ein Indikatoren- oder anderes System ausarbeiten, das die Erfüllung der festgelegten Zielsetzungen des Amtes und sein Spesen/Ergebnis-Verhältnis mengenmäßig erfasst. Auch ist es für die Umsetzung der Kontrolltätigkeit verantwortlich, die die Transparenz der Amtstätigkeit sichert.**

\*\*\*

**Die spanische Endesa, die hier das Stromverteilungsunternehmen Edesur kontrolliert und an Edenor beteiligt ist, wird in den nächsten 5 Jahren US\$ 1 Mrd. in Argentinien investieren, um die Dienstleistung zu verbessern und den zunehmenden Bedarf zu befriedigen. Davon werden in den nächsten 3 Jahren US\$ 762 Mio. in Stromerzeugung, -transport und -verteilung investiert. Unter der Federführung der Firma wird auch ein Projekt ausgearbeitet, um mit US\$ 567 Mio. Investition 2 Hochspannungsleitungen für die Stromausfuhr nach Brasilien zu legen. Sowohl Edenor als auch Edesur würden einem Firmensprecher zufolge in den nächsten 5 Jahren rd. US\$ 100 Mio. im Jahr in**

## Sudameris Bank übernahm La Caja

Nach acht Monate langen Verhandlungen hat die von der Banca Commerciale Italiana (BCI), einer der grössten Finanzgruppen Europas, kontrollierte Banco Sudameris das Mehrheitspaket der Banco Caja de Ahorro übernommen. Die Kontrolle der Caja de Ahorro wurde bisher von der italienischen Generali-Gruppe und der Familie Wertheim durch La Caja Ahorro y Seguro durchgeführt. Der Kaufpreis soll bei US\$ 200 Mio. liegen.

Die neue Bank, die weiter unter dem Namen Sudameris tätig sein wird, womit der Name Banco Caja de Ahorro nicht mehr aufscheint, wird eine der zehn grössten Privatbanken des Landes sein. Das Vermögen beträgt US\$ 250 Mio., das Filialennetz 117 Lokale, die Aktiven knapp US\$ 2,5 Mrd. Die Zahl der Kunden liegt über 500.000. Die Beträge ergeben sich aus der Zusammenrechnung der beiden Bankvermögen, doch wird eine bedeutende Kapitalaufstockung aus Europa vorausgesetzt.

Mit diesem Kauf verdoppelt die Sudameris Bank nicht nur ihre Geschäftstätigkeit. Eine ihrer Schwachstellen war die geringe Flächendeckung mit nur 32 Filialen, die nun schlagartig um 85 erhöht werden. Die Banco Caja hatte im Vorjahr die ebenfalls zur Wertheimgruppe gehörende Banco Mercantil erworben, die besonders in Buenos Aires Stadt stark vertreten war.

Die Wertheimgruppe behält nun 15% der Sudamerisbank. Die Beteiligung wird mit US\$ 45 Mio. bewertet. Sie behält ausserdem, zusammen mit Generali 60% und damit die Kontrolle der La Caja de Ahorro y Seguro SA, von der die Regierung 30% und die Belegschaft 10% besitzen. Das Unternehmen ist mit 11,9% Anteil Markterster bei allgemeinen Versicherungen, beschäftigt sich ausserdem mit Lebens-, Ruhestands-, und Arbeitsrisiko-Versicherungen (ART) und dem Instituto de Seguros der Provinz Misiones.

Verbesserungen und in die Deckung des steigenden Strombedarfes investieren.

\*\*\*

**Gouverneur de la Sota, Produktionsminister Schiaretti, Vertreter der Molkereigenossenschaft SanCor und deren Partnerin, der dänischen MD Foods, haben ein Protokoll für die Niederlassung einer Fabrik für konzentrierte Molke in der Provinz Córdoba unterzeichnet. Der Betrieb wird in Portena mit US\$ 30 Investition errichtet. MD Foods vertreibt weltweit Molkereiprodukte für US\$ 3 Mrd. im Jahr und hat kürzlich die holländische Aria erworben.**

\*\*\*

**Die Consultingfirma ACNielsen hat ermittelt, dass 1999 von den Erzeugnissen, nach denen der Familienkorb berechnet wird, Lebensmittel, Getränke und Reinigungsmittel, im Vorjahresvergleich um 1,2% weniger verkauft wurde. Die Rechnung entsteht aus dem Preisrückgang von 5,2% und dem Umsatzrückgang von 6,3%. Trotz der Belebung der Wirtschaft in mehreren Bereichen gegen Jahresende, waren die letzten beiden Vergleichsmonate die schwächsten. Es wurde um 2,5% weniger gekauft und um 9,5% weniger umgesetzt.**

\*\*\*

**Nachdem die Regierung die Revision der Ausschreibungen zum Bau von drei nationalen Zuchthäusern bekannt gegeben hat (die schon Konzernen zugeschlagen worden sind, die von den Firmen Techint und Dycasa geführt wer-**

**den), hat das Justizministerium Zweifel über die sogenannte „Justizstadt“ geäußert, ein Projekt für US\$ 540 Mio., um Gerichte der Stadt unterzubringen (die jetzt verstreut sind). Die Vorzuteilung erfolgte am 6. Dezember 1999 an einen Konzern der Firmen Techint, Dycasa, Roggio und Impregilo. Der Bau soll von den Privatunternehmen finanziert werden und mit einem Leasing-Vertrag auf 15 Jahre an die Regierung übergeben werden. Objektiv gesehen, ist dieses Projekt abwegig, da ein modernes Informatiksystem für die Justiz die Konzentration der Gerichte unnötig machen würde. Ausserdem muss zuerst an eine strukturelle Reform der Justiz gedacht werden, um den effektiven Bedarf an Raum berechnen zu können.**

\*\*\*

**Die neue Textilfabrik der argentinischen Elastr, in Trelew, Provinz Chubut, hat den Betrieb aufgenommen. Sie wird vorwiegend Sportkonfektion für erste Marken herstellen.**

\*\*\*

**Das Staatssekretariat für Konkurrenz- und Konsumentenschutz gab bekannt, dass die Bank- und Kreditkartenzinsen im Dezember stabil blieben. Für Finanzierungen in Pesos lagen die Höchstzinsen im Schnitt bei 39%, bei Kreditkarten bei 51,6%. Die Banco de Balcarce erhöhte ihre Zinssätze um 15,1%, die Velox Bank um 11,7% und die Edificadora de Olavarría um 5,6%, was den allgemeinen Durchschnitt erhöhte.**

\*\*\*

**Die Provinz Jujuy wird Beam-**

## Der Big Mac

Seit das Fast food-Unternehmen McDonald's in beinahe allen Industriestaaten der Welt präsent ist, werden die jeweiligen Inlandspreise ihres Verkaufsschlagers, des Big Mac-Sandwichs, gerne als zusätzlicher, vergleichender Index der Konkurrenzfähigkeit dieser Staaten genommen. Die Methode hat u.a. die Schwachstelle, dass McDonald's seinen ausserordentlichen Erfolg zum Teil darauf stützt, dass sein Big Mac den jeweiligen Geschmacksrichtungen usw. angepasst wird, so dass manchmal bedeutende Unterschiede unberücksichtigt bleiben.

Dennoch veröffentlicht die bekannte Wirtschaftszeitung The Economist seit 1986 periodisch den Big Mac Index, der den Dollarpreis des Sandwiches in den USA als Grundlage nimmt und ihn mit den Dollarpreisen in den anderen Ländern vergleicht. Er zeigt, wieviel der Endverbraucher für das im Inland hergestellte, angenommen gleiche Produkt, in Dollar bezahlen muss. Die Rechnung geht von der Annahme aus, dass man mit einem Dollar überall die gleiche Warenmenge erwerben können muss.

Am Geringsten ist nach diesem Schema die Wettbewerbsfähigkeit Israels. Ein Big Mac kostet dort US\$ 3,50. Es folgt Grossbritannien (immer in US-Dollar) mit 3,11, Japan 2,85, die EU 2,63, Argentinien 2,50, USA 2,45, Saudiarabien 2,40, Chile 2,38, Kolumbien 2,21, Mexiko 2,11, Griechenland 2,03, Ägypten 1,91, Brasilien 1,61, Thailand 1,48, Polen 1,33, Hong Kong 1,31, Russland 1,22, China 1,20 und Malaysia 1,19.

Eindeutig ist nach dem Big Mac-Index Argentinien wettbewerbsfähiger als die EU, wird jedoch von den USA knapp überflügelt.

**tengehälter um 5% kürzen, um im Haushalt \$ 20 Mio. einzusparen, wie es die Zentralregierung für die Umschuldung der Provinz fordert.** 2000 werden Rückzahlungen von \$ 70 Mio. und Zinsen für \$ 60 Mio. von der Gesamtschuld von \$ 481 Mio. fällig. Die Wirtschaftsführung hat \$ 100 Mio. Hilfe zugesagt, um die Rückzahlungen und die Hälfte des Zinsendienstes zu ermöglichen. Den Rest muss die Provinz durch Einsparungen aufbringen. Der wiedergewählte Gouverneur Fellner hat den Haushalt gegenüber 1999 um \$ 21 Mio. verringert. Trotz Gehaltskürzungen von \$ 20 Mio. beträgt das Defizit 2000 \$ 93 Mio.

\*\*\*

**Die Coto Supermarktkette investiert in Rosario \$ 20 Mio. in 4 neue Verkaufsstellen.** Sie fasste im Juli in Rosario Fuss, indem sie für US\$ 50 Mio. die 3 Lokale des Reina Elena und weitere 3 des Olivia Supermarktes erwarb. Coto plant auch einen Supermarkt mit 20.000 qm Verkaufsfläche innerhalb des Alto Palermo Vorhabens von Irsa, das Wohn- und Büroräume sowie Geschäftslokale in Rosario vorsieht.

\*\*\*

**Terminal Zárate SA, die zu Murchison SA gehörende Betreiberin des gleichnamigen Hafens, hat bei Impsa (Industrias Metalúrgicas Pescarmona SA) 2 Panamax-Portalkrananlagen bestellt, die besonders für den Containerumschlag ausgelegt sind und 36 Container pro Stunde bewältigen.** Die Investition beträgt rd. US\$ 10 Mio. Damit entwickelt sich Zárate zu einem zusätzlichen Hafen für den Containerverkehr. Die Portalkräne sollen im 1. Quartal 2001 geliefert werden.

\*\*\*

**Das kürzlich von den Gläubigerbanken mehrheitsmässig übernommene Textil- und Schuhwerkunternehmen Alpargatas hat erneut dementiert, dass es die Fertigung in Argentinien einstellen und nach Brasilien verlagern will.** Allerdings fordere es von der Regierung Schutzmassnahmen gegen Dumping. Auch gab es im Rahmen der Umschuldung ein Angebot zur Einlösung von Obligationen bekannt.

\*\*\*

**Das Staatssekretariat für Fernverbindungen hat das Dekret 2926/99 bestätigt, mit dem die Telefongesellschaften ermächtigt wurden, den Informationsdienst über die Rufnummer 110 zu berechnen.** Damit verfällt der Beschluss vom 30.12.99, mit dem diese Berechnung bis zu einer Entscheidung der Justiz untersagt wurde.

\*\*\*

**Die Stadtregierung von Buenos Aires hat ein Moratorium angekündigt, dass die Zahlung rückständiger Steuern in bis zu 60 Raten ermöglicht.** Es schliesst Abgaben für Strassenbeleuchtung, -reinigung und Müllabfuhr, Kfz, Werbeschilder sowie die Bruttoeinkommensteuer ein.

\*\*\*

**Sefepa (Servicios Ferroviarios Patagónicos) bekam US\$ 300.000 Monatssubvention zugesprochen.** Die Massnahme wurde von der letzten Regierung getroffen und ist Teil des Abkommens über den Bau der transpatagonischen Eisenbahn.

\*\*\*

**Die Playboygruppe plant in der Ortschaft Aguas de Oro, Provinz Córdoba, ein Fremdenverkehrsresort mit einem 5-Sternehotel und einem Spielkasino.** Die Investition von

## Ein staatliches Investitionsprogramm für US\$ 20 Mrd. in 5 Jahren

Die Regierung führt mit der Opposition Gespräche über ein Bauprogramm der Öffentlichen Hand, das im nächsten Monat anlaufen soll und in 5 Jahren Investitionen von US\$ 20 Mrd. erfordern wird.

Bau- und Infrastrukturminister Gallo kam mit Gouverneur Ruckauf zusammen, um Meinungen über den Plan auszutauschen. Am Dienstag hatte er bereits eine diesbezügliche Unterredung mit C. Reutemann, Gouverneur der Provinz Santa Fe. Für die kommende Woche ist das Treffen mit de la Sota, Gouverneur von Córdoba, vorgesehen. Die Regierung will offensichtlich die Annäherung vorrangig mit den drei mächtigsten, zur Opposition gehörenden, Gouverneuren fördern. Die Gespräche werden über die Dringlichkeit der Vorhaben in den einzelnen Provinzen geführt, wie Minister Gallo betonte.

Das Bauprogramm soll mit erhöhten Einnahmen aus der Brennstoffsteuer finanziert werden. Die bisherigen Einnahmen aus dieser Steuer werden wie bisher dem Schatzamt zugeführt und nur zusätzliche Einnahmen für das Bauprogramm eingesetzt. Diese seien dem Minister zufolge in den nächsten 5 Jahren US\$ 10 Mrd., die Hälfte des erforderlichen Betrages. Der Rest werde durch Staatsbeiträge, Privatinvestitionen, Mittel des Wohnbaufonds Fonavi und langfristige Kredite aufgebracht. Um die zusätzlichen Einnahmen aus den Brennstoffsteuern dem Bauprogramm zuführen zu können, bedarf es jedoch eines Bundesgesetzes. Um es im Parlament durchsetzen zu können, ist die Unterstützung der oppositionellen Gouverneure notwendig.

Ausserdem will das Ministerium Weltbankdarlehen für US\$ 7 Mrd. wiedergewinnen. Diese Kredite wurden gewährt, jedoch nicht verwendet. Unter ihnen befinden sich US\$ 1,5 Mrd. für Strassenbau in den Provinzen, von denen nur etwa US\$ 4,6 Mio. verwendet wurden. Derzeit werde mit der Weltbank verhandelt, damit die Auflagen, unter denen die Kredite eingesetzt werden müssen, gelockert werden, um sie zugänglicher zu machen.

US\$ 40 Mio. wurde den Provinzhörden bereits unterbreitet.

\*\*\*

**Die Vertreter der lokalen Kfz-Industrie, der Zulieferindustrie und der Gewerkschaft (SMATA) legten Präsident De la Rúa einen Plan vor, der aus folgenden Punkten besteht und die Grundlage der Verhandlung mit Brasilien bilden soll:** 1. Übergangsfrist von 7 Jahren; 2. Für fertige Kfz auf der einen Seite und für Teile auf der anderen wird ein kompensierter bilateraler Austausch festgesetzt, mit einer Flexibilitätsspanne von 15%; 3. Für Importe aus Drittländern (ausserhalb des Mercosur) wird ein Kontingent von 10% der Gesamtproduktion jedes Landes festgesetzt; 4. der importierte Inhalt der Kfz darf nicht über 40% liegen. Bei Zubehöerteilen muss der lokale Anteil im Jahr 2000 bei mindestens 40% und danach bei 60% bleiben.

\*\*\*

**Sociedad Comercial del Plata, das führende Unternehmen der Soldati-Gruppe, hat mit seinen Gläubigern die Refinanzierung von Schulden in Höhe von US\$ 419 Mio. vereinbart.** Das endgültige Abkommen wird im März unterzeichnet. Um die Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen zu garantieren, wird Comercial del Plata 51% der Compañía General de Combustibles verkaufen. In Kürze soll dann auch 50% vom Parque de la Costa (der Vergnügungspark in Tigre) an die US-Firma Paramount

verkauft werden.

\*\*\*

**Die Staatssekretäre für Finanzen, Daniel Marx, und für Verteidigung der Konkurrenz, Carlos Winograd, berichteten gegenüber Deputierten der Allianz, dass sie ein Gesetzesprojekt im Kongress einbringen würden, durch das das Gesetz über Kreditkarten geändert wird.** Es handelt sich konkret darum, dass der Kontoauszug den Charakter eines Wechsels haben soll, also im Exekutivverfahren eingetriben werden kann. Auf diese Weise soll die Säumigkeit bei Kreditkarten verringert werden, so dass die Unternehmen dann Provisionen und Zinsen senken können. Es sind 7,5 Mio. Karten im Umlauf, von denen es bei 5,5 Mio. kein Problem gibt. Bei den anderen 2 Mio. bestehen Probleme mit der Zahlung.

\*\*\*

**Die Staatssekretärin für Kriminalpolitik und Zuchthäuser, Patricia Bullrich, hat in einem Bericht bekanntgegeben, dass das von Techint errichtete Zuchthaus in Ezeiza \$ 4.314 pro qm und das von Dycasa in Marcos Paz \$ 2.930 pro qm gekostet haben. Laut P. Bullrich sollte der qm nach international gültigen Massstäben nicht über \$ 1.200 kosten.** Techint weist darauf hin, dass auch die Ausrüstungen geliefert wurden, und ebenfalls ein komplettes Hospital gebaut und eingerichtet wurde, was den Preisunterschied

zu Dycasa erkläre. Ebenfalls sei die Sicherheitsanlage sehr teuer. Das Hauptproblem besteht jedoch darin, dass diese Zuchthäuser (die hochmodern sind und von einem der besten Experten der USA entworfen wurden), mit einem Leasing-Vertrag finanziert werden, was für die Firmen ein grosses Risiko darstellt. Denn wenn die Regierung nicht zahlt (was sehr oft der Fall ist) müssten die Unternehmen die Zuchthäuser verkaufen können. Das ist jedoch reine Theorie. Techint weist darauf hin, dass sie einen Zinssatz von 18% für den Bau der Zuchthäuser berechnet hat; P. Bullrich kontert, dass der Staat Geld zu 11,7% aufnehme. Das Leasing-System ist eine buchhalterische Fiktion, da dann die Investition nicht im Budget als solche gebucht wird, sondern nur die jährliche Zahlung für Amortisation und Zinsen. Aber es ist ein schlechtes System. Richtig wäre die Vergabe der Zuchthäuser in Konzession.

\*\*\*

**Nach Schätzungen des Landwirtschaftssekretariates wurde die Rekordfläche von 8,3 Mio. ha mit Sojabohnen bebaut, um 1,7% mehr als im Vorjahr.** Die Sojabohnen sind die umsatzmässig wichtigste Aussaat des Landes. Hauptabnehmer sind die Pflanzenölfabriken am Paraná, die jährlich für etwa US\$ 5 Mrd. Speiseöl und Sojamehl exportieren. Das sind rd. 20% der Gesamtausfuhren Argentiniens. Das Landwirtschaftsministerium der USA schätzt die argentinische Sojaernte, die im Mai beginnen wird, auf rd. 19 Mio. t, ähnlich wie im Vorjahr. Die Maisaussaat wurde von argentinischen Staatssekretariat mit plus 10% gegenüber dem Vorjahr angegeben und die beinahe abgeschlossene Weizenernte mit 14,0 bis 14,2 Mio. t.

\*\*\*

**Repsol YPF und Petrobrás wollen im Februar im Rahmen ihrer Mercosurstrategie einen bedeutenden Austausch von Aktiven durchführen.** Petrobrás übernimmt in Argentinien 815 Tankstellen von YPF und EG3, die rd. US\$ 1,1 Mrd. im Jahr

umsetzen. Repsol YPF wird im Gegenzug Petrobraspartner bei der Raffinerie von 100.000 Barrel Erdöl pro Tag, rd. 7% des brasilianischen Marktes. Petrobrás betreibt in Brasilien 11 Raffinerien mit einer Gesamttageskazapazität von 1,5 Mio. Barrel.

\*\*\*

**Der von der Pérez Compançgruppe im November angebotene Aktientausch wird von der Mehrheit der kleineren Aktionäre angenommen.** Das Angebot lautete 2,7854 Aktien der PC Holding für jede Pérez Companç-Aktie. Angebotstermin war der 25.1.00. 53% der Aktionäre haben bereits zugestimmt und weitere Annahmen laufen ständig ein, wie ein Firmensprecher erklärte. PC Holding will ab dem 26.1.00 in Buenos Aires und New York notieren.

\*\*\*

**Auf Vorschlag von G. Soros, grösster Privataktionär der Hypothekenbank, wird der ehemalige Chefberater im Wirtschaftsministerium Fernández, Miguel Kiguel, ab Februar der neue Präsident der Bank.** Es wird erwogen, dass er auch den Vorsitz der Grossistenbank übernehmen soll, die von Irsa, der Weltbank, der Internationalen Finanzkorporation und der Hypothekenbank gebildet wird.

\*\*\*

**N. Gallo, Minister für Infrastruktur und Wohnbau, erklärte, die vorhergehende Regierung habe ihm unterstellte Bereiche in Finanznot übergeben.** So sei die Strassenbaudirektion ihr gesamtes Etat 2000 schuldig. Er wolle einige Vorhaben einschränken und andere, weiter fortgeschrittene, vorantreiben, um den bestmöglichen Einsatz der Mittel zu erreichen.

\*\*\*

Die Aufsichtsbehörde des Versicherungswesens (Superintendencia de Seguros de la Nación), die auch nach dem Regierungswechsel von Daniel Di Nucci geleitet wird, hat durch Beschluss 27.307 (Amtsblatt vom 21.1.2000) verfügt, dass der Beschluss 27.285 erst am 1.3.2000 in

Kraft tritt. **Es handelt sich dabei darum, dass bei Lebensversicherungen und Ruhestandsversicherungen die Versicherungsanstalten dem Versicherten ein Formular über die Abzüge bei vorzeitiger Kündigung des Vertrages vorlegen müssen, das dieser unterzeichnen muss.** Auf diese Weise soll mehr Transparenz geschaffen werden, um überhöhte Abzüge zu vermeiden. Ohnehin wurden am 9.12.99 schon Höchstsätze für diese Abzüge festgelegt, die jedoch sehr grosszügig sind und in der Praxis nur eine Gesellschaft (Eagle Star) betreffen.

\*\*\*

**Durch Beschluss 6/00 des Energiesekretariates (Amtsblatt vom 21.1.2000) wurde die Firma Central Puerto S.A., mit Kraftwerken in der Bundeshauptstadt ermächtigt, Strom nach Uruguay über die Station „Puerto Elia“ (die der Salto-Grande-Kommission gehört) zu exportieren.** Es sind zwischen 75 und 100 MW monatlich. Im Wesen handelt es sich darum, dass Strom von Salto Grande, der Argentinien zufällt, nach Uruguay exportiert wird, und andererseits Central Puerto sich verpflichtet, diesen Strom intern zu liefern, sofern die Nachfrage vorhanden ist. Dabei werden die Transportkosten des Stromes von Salto Grande nach Buenos Aires gespart.

\*\*\*

**Durch Beschluss 6/00 des Sekretariates für Industrie, Handel und Bergbau (Amtsblatt vom 21.1.00) wurden provisorische Zuteilungen auf die Importquoten von Kfz für offizielle Vertreter festgesetzt.** Für Kfz unter 5t sind es 248, für über 5t 35 Einheiten. Diese Importe erfolgen zum Zollsatz von 35%. Korrekt wäre indessen eine Festsetzung des Zollsatzes durch Ausschreibung, da sonst die Aufteilung nach Firmen und Modellen willkürlich ist. Die lokalen Kfz-Fabriken zahlen für Importe ausserhalb des Mercosur nur den halben Zollsatz.

\*\*\*

**Argentinien hat als erster Staat Schuldscheine via Internet aufgelegt.** Das Angebot war so positiv, dass E 400 Mio. statt der geplanten E 250 Mio. untergebracht wurden. Damit ist die Finanzierung des 1. Quartals praktisch abgeschlossen. Die Laufzeit beträgt 5 Jahre, der Schnitzzatz 10,06%, 496 Basispunkte über entsprechenden deutschen Schuldscheinen. Bei der letzten Auflage mussten noch 550 Basispunkte als Risikoprämie bezahlt werden. Der entsprechende Dollarwert der Auflage beträgt 12,21% bzw. 556 Basispunkte. Bisher hatten nur die Interamerikanische Entwicklungsbank und die Weltbank Internet-Auflagen durchgeführt. Sie erreichten jedoch nur einen Unterbringungs-Koeffizienten von 25%

bzw. 10%, gegen 41% die Argentinien buchen konnte.

\*\*\*

**Die Wirtschaftsführung hat mit dem IWF ein Abkommen bis 2003 unterzeichnet, das Argentinien US\$ 5 Mrd. zur Verfügung stellt, die im Prinzip nicht eingesetzt werden.** Damit wird ein Dispens (waiver) wegen der Nichterfüllung im letzten Quartal 1999 unnötig. Schwierigstes Verhandlungsthema sind die Provinzfinanzen. Der IWF sucht, die Provinz- und Gemeindefinanzen, nicht nur wie üblich die Staatsfinanzen, dem Abkommen über das Defizit einzugliedern. Die Zentralregierung verfügt jedoch nicht über Rechtsmittel um die Provinzen zum sparen zu zwingen. Als Lösung wurde die Eingliederung vergleichender Hinweise gegenüber den Defiziten 1999 vortgeschlagen. Gleichzeitig verpflichtet sich die Regierung, noch in diesem Jahr eine neue Gesetzesvorlage über Provinzbeteiligungen an Bundessteuern einzubringen.

\*\*\*

**International Paper (IP) übernimmt die Fabrik für mehrschichtige Papiersäcke von Bolsas Olavarría, die im November die Fertigung einstellte und kürzlich eine Gläubigerversammlung einberief.** Sie hat eine einjährige Kaufoption auf 100%. Die Fabrik mit einem Gelände von 30.000 qm, davon 20.000 qm bebaut, wird in 30 Tagen von beiden Unternehmen gemeinsam weiterbetrieben. Über die Bedingungen wurden keine Einzelheiten bekanntgegeben.

\*\*\*

**Argentinien und Brasilien sind übereingekommen, die 60 Tage-Frist, innerhalb der das Kfz-Abkommen für den Mercosur unterzeichnet sein muss, auf mindestens 7 Monate zu verlängern.** Es soll eine internationale Consultingfirma verpflichtet werden, um die strittigen Subventions- und Anteilsfragen zu begutachten.

\*\*\*

**J. Dreizen, Unterstaatssekretär für Finanzierungen, gab bekannt, dass die Aktien privatisierter Banken und Betriebe, die sich noch in Staatshänden befinden, im 2. Quartal zum Verkauf angeboten werden.**

\*\*\*

**Der Argentinische Hüttenverband gab die Dezemberzahlen der Eisen- und Stahlproduktion in 1.000 t bekannt:** Roheisen 274,5, -5,7% gegenüber dem Vormonat, +11,1% gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat. Davon Gusseisen 163,9/-5,5/-14,2, Schwammeisen 110,6/-5,6/+97,5. Rohstahl 338,1/-6,3/+16,7. **Warmwalzprodukte 327,0/-8,1/+7,1. Davon Profile und nahtlose Rohre 139,3/-13,5/+4,3, Bleche, Bänder einschliesslich zur kalten Weiterverarbeitung 187,8/-3,7/+9,4.** Kaltwalzprodukte, ausser der genannten 107,3/-11,0/-3,9.

Argentinischer Aussenhandel						
	Ausfuhren		Einfuhren		Saldo	
<b>1988</b>						
Oktober	2.015	(2.374)	2.591	(2.836)	-576	(-492)
November	1.892	(2.022)	2.457	(2.799)	-565	(-777)
Dezember	1.931	(2.022)	2.178	(2.607)	-247	(-558)
<b>Total '98</b>	<b>26.441</b>	<b>(26.430)</b>	<b>31.404</b>	<b>(30.450)</b>	<b>-4.953</b>	<b>(-4.020)</b>
<b>1999</b>						
Januar	1.551	(1.767)	1.906	(2.558)	-355	(-791)
Februar	1.533	(1.883)	1.855	(2.283)	-322	(-400)
März	1.985	(2.240)	2.079	(2.694)	-94	(-454)
April	2.038	(2.490)	1.874	(2.765)	164	(-275)
Mai	2.234	(2.572)	1.931	(2.525)	303	(47)
Juni	2.133	(2.626)	2.214	(2.623)	-81	(3)
Juli	1.943	(2.352)	2.280	(3.072)	-337	(-720)
August	2.090	(2.367)	2.333	(2.741)	-243	(-374)
September	1.884	(2.298)	2.237	(2.551)	-353	(-253)
Oktober	1.927	(2.015)	2.220	(2.591)	-293	(-576)
November	1.956	(1.892)	2.297	(2.457)	-301	(-565)
<b>11 Mon. '99</b>	<b>21.314</b>	<b>(24.502)</b>	<b>23.225</b>	<b>(28.860)</b>	<b>-1.911</b>	<b>(-4.358)</b>

Quelle: Indec, vorläufige Angaben in Mio. US\$. () = Vorjahr